

**Medienorientierung des Regierungsrates vom 24. Juni 2008**

**GRUNDSATZPROGRAMM**

**Politikbereiche der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion**

***Beitrag Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro***

Sehr geehrte Damen und Herren

Sicherheit gehört sowohl zu unseren neuen Regierungsgrundsätzen auf lange Sicht als auch zum Regierungsprogramm 2008 - 2011. Das Ziel ist klar formuliert. Es heisst: "Basel-Landschaft, ein sicherer, ein hervorragender Lebensraum". Und ebenso klar ist für mich, dass nur ein sicherer Lebensraum auch ein guter, ein hervorragender Lebensraum sein kann.

In der Programmarbeit muss ich sowohl im Regierungsrat als auch im Landrat immer ein bisschen kämpfen, dass auch die Sicherheit "mitverpackt" wird. An und für sich ist das ja ein gutes Zeichen: was klappt, ist selbstverständlich. So gesehen ist also im Unterbewusstsein verankert, dass Baselland ein sicherer Kanton ist und dies durchaus als wichtiger Standortfaktor gelten muss. Aber mit Selbstverständlichem sollte man nicht selbstverständlich umgehen.

Über Sicherheit lässt sich lange philosophieren. Es gibt erstens eine Art objektive Sicherheit. Sie lässt sich ablesen aus Statistiken: wie viele und wie schwere Unfälle gibt es? Oder wie viele Straftaten welcher Schwere? Wie gross ist die Aufklärungsquote? Und so weiter und so fort. Diese objektive Sicherheit ist messbar und vergleichbar. Man sieht die Entwicklung auf der Zeitachse, also über die Jahre, und sie ist vergleichbar mit anderen Gegenden, mit anderen Kantonen anhand von vergleichbaren Statistiken. Da steht das Baselbiet gut da.

Es gibt zweitens auch die so genannte subjektive Sicherheit. Sie sagt etwas darüber aus, wie sicher sich die Leute fühlen. Oder negativ ausgedrückt: Wie unsicher fühlen sie sich, wie bedroht? Das lässt sich mit Umfragen messen, und auch da steht das Baselbiet gut da.

Lassen Sie mich doch aus aktuellem Anlass ganz kurz auf zwei Aspekte von Sicherheit eingehen. Die Euro 08 ist zwar noch nicht zu Ende; erst morgen Mittwoch findet in Basel das letzte Spiel in der Schweiz statt. Doch heute schon lässt sich mit Befriedigung feststellen, dass alle unsere Dienste und Leute ganz ausgezeichnete Arbeit geleistet



haben. Der Ordnungsdienst funktionierte vorzüglich, der Verkehr ist nicht zusammengebrochen, diskret, aber effizient leisteten Armee und Zivilschutz ihre subsidiären Einsätze. Wenn es Kritik gab, so allenfalls, wir hätten zu viele Leute im Einsatz gehabt und zu viele Parkplätze. Ich sage es offen: ich irre mich gerne auf der richtigen Seite.

Das Beispiel Euro aber zeigt Ihnen zugleich einen wichtigen Aspekt der umfassenden Sicherheitspolitik. Sicherheit ist kein Zustand, sondern ein Prozess - und darüber hinaus gibt es ausserordentliche Lagen, wie die planbare Euro oder aussergewöhnliche Ereignisse, auf die wir auch vorbereitet sein müssen.

Die Gesellschaft wandelt sich, und wir mit ihr. Oder noch besser - präventiv - vor ihr. Ich gehe hier nicht auf Details ein; Sie finden alle Pläne der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion in Ihren Unterlagen und im Regierungsprogramm 2008 - 2011. Ich setze hier nur Schwerpunkte:

1. Nomen est omen: vom 1. Juli an nennen wir uns Sicherheitsdirektion - damit umfassen wir das ganze Spektrum an Sicherheitsleistungen, die unsere Direktion erbringt: von sicheren Verfahren über das gute Umfeld für Familien bis zur Integration einer neu strukturierten Polizeiarbeit an der Front.
2. Nicht nur der Name ist neu - wir haben auch neue Aufgaben, die für mich zentrale, zukunftsorientierte Fragestellungen beantworten müssen: die Integration und die Familienpolitik. Das Grundsatzprogramm des Regierungsrates stellt fest, dass unser Kanton überaltert. Dabei geht es nicht nur um die Finanzierung unserer Sozialwerke, nein es geht um das Sichern von Arbeitsplätzen, von Know-how, um den Erneuerungswillen der Gesellschaft. Was kann man Besseres dagegen tun, als Familien auf verschiedenen Ebenen zu zeigen: "Wir unterstützen Euch in Eurer Aufgabe als Eltern - sei es bei den Steuern, bei Tagesstrukturen oder eben - einem sicheren Umfeld."  
Der Regierungsrat hat vorletzten Dienstag beschlossen das - ehemalige - Gesetz über die familienexterne Kinderbetreuung zweizuteilen. Die Sicherheitsdirektion wird den Früh- und Vorschulbereich übernehmen und mithelfen, die Vision einer kinderfreundlichen Gesellschaft zu realisieren.
3. Immer wichtiger ist die Gewalt- und Suchtprävention. Manchmal scheint es mir, dass wir uns quasi die Bekämpfung eines Suchtmittels nach dem anderen vornehmen: zuerst Cannabis, dann Alkohol - hier sind wir übrigens gemeinsam mit Basel-Stadt auf einem guten Weg - und wir werden in der Zukunft beim Internet Schwerpunkte setzen. Das betrifft die Kriminalität als Organisationsform via Internet, aber auch die Gewaltverherrlichung im Netz oder per Handy, denen unsere Kinder ausgesetzt sind oder die gegenüber anderen Menschen ausgeübt wird - Stichwort: cyber bulling. Hier braucht es neben dem klaren Ziehen von Grenzen vor allem Prävention, auch bei den Eltern, und die Vernetzung über alle Disziplinen hinweg. Wir bauen die Institution der "Runden Tische" mit den Gemeinden aus. Zur Prävention gehört aber auch die Repression. Eine konsequente Strafverfolgung trägt zur Prävention künftiger Straftaten

bei und verbessert so sowohl die objektive Sicherheitslage, als auch das subjektive Sicherheitsgefühl.

4. Wir bauen die Sicherheitskooperationen mit allen Partnern aus: mit den Gemeinden, mit den anderen Kantonen und grenzüberschreitend. Verbrechen und Verkehr kennen keine Grenzen, auch Sicherheitspolitik muss grenzüberschreitend sein. Hier stehen bedeutende Weiterentwicklungen an - zum Beispiel in der Umsetzung der Schengen- / Dublin-Abkommen oder beim geplanten Jugendvollzugszentrum für junge Erwachsene, kurz JuNI.
5. Bei der Gesetzgebung gilt das bewährte Grundprinzip: nur dort und so viel, wo und wie nötig und in einer verständlichen Sprache. Schwerpunkt ist die Umsetzung neuer Bundesgesetze. Ein grosser Brocken ist die Einführung des neuen Staatsanwaltschaftsmodells.
6. Bei der Migration und der Integration soll der zentrale Grundsatz des Integrationsgesetzes "Fördern und Fordern" mit Leben erfüllt werden. Und ich meine das wörtlich: es sind nicht nur die gesetzlichen Bestimmungen, zum Beispiel die sehr wichtige Integrationsvereinbarung, umzusetzen, sondern alle müssen Integration leben, sich begegnen - Ausländerinnen und Ausländer wie auch wir Schweizerinnen und Schweizer. Das geht nur step by step - es ist ein Prozess, dem wir auch Zeit geben müssen.
7. Gross ist schliesslich die Hoffnung, das neue Strafjustizzentrum Muttenz sei spätestens 2012 betriebsbereit. Der Landrat hat letzten Donnerstag einmal die Weichen auf "volle Kraft voran" gestellt. Denn auch die Strukturen und Infrastrukturen müssen den heutigen und zukünftigen Erfordernissen angepasst sein, damit wir weiterhin sagen können: Baselland ist ein lebens- und liebenswerter, sicherer Kanton!

Dies ist, meine Damen und Herren, nur ein kleiner Auszug aus den Grundsätzen und dem Regierungsprogramm meiner Direktion. Über Militär und Bevölkerungsschutz etwa habe ich kein Wort verloren, was überhaupt nichts mit Geringschätzung zu tun hat, ganz im Gegenteil. Doch auch für diesen Bereich gilt: Wir können auf Bewährtem aufbauen und das Nötige ausbauen. Unsere Sicherheitspolitik folgt dem Wandel der Gesellschaft oder kommt ihm -das ist noch besser - zuvor. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.